

28. AUG. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/175

Bonn, den 28. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 - 2 Der Vorstoss von Hannover 74

Die deutschen Katholiken in Gesellschaft und Staat
Von Peter Nellen, MdB

2a Der tödliche Wettbewerb 41

Atomrüstungen und kein Ende

3 - 4 Kampagne gegen Kennedy 57

Gefährliches Spiel mit deutschen Interessen
Von Bruno Friedrich

5 - 6 Im Widerspruch zur Verfassung 63

Was eine Dissertationschrift enthüllte

6 Ein Cocktailret 19

Crossman und die Mauer

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Der Vorstoss von Hannover

Die deutschen Katholiken in Gesellschaft und Staat

Von Peter Nellen, MdB

Die nach Teilnehmerzahl, Thematik und äusserem Verlauf eindrucksvolle und starke Beachtung verdienende Versammlung der deutschen Katholiken in Hannover, der 79. Deutsche Katholikentag, ist zu Ende gegangen. Ihn mit dem Wort "repräsentativ" zu bezeichnen, wäre zu wenig. Seine Zielsetzung: Glauben-Danken-Dienen liess von vornherein eine Vertiefung des Glaubensbewusstseins und eine realistische Begegnung katholischer Christen, die sich mit der "Welt", der Gesellschaft, dem Staat, als Aufgaben der Bewährung und Bewältigung auseinandersetzen haben, erwarten. Es ist vorbehaltlos anzuerkennen, dass eine solche Bewährung für zahlreiche Mitschriften und Mitbürger eben aus letzten Glaubensüberzeugungen nicht nur eine besondere "Färbung" erhält. Vielmehr schöpfen sie daraus letzte Kraft und Entschiedenheit. Das Engagement von Mitbürgern bei den gemeinsamen grossen gesellschaftlichen und politischen Aufgaben unserer Zeit erhält von daher seinen besonderen Ernst. In unserer weltanschaulich-mehrheitlichen Gesellschaft werden deswegen die Spielregeln des Aufeinanderhörens, des Miteinandersprechens, der Zusammenarbeit, des recht verstandenen Kompromisses umso wichtiger und verbindlicher. Gerade aus möglicherweise verschiedenen letzten weltanschaulich-religiösen Positionen und Ausgangslagen wird die Notwendigkeit zur Partnerschaft zwingend und unabweisbar.

Die deutsche Sozialdemokratie wird es dabei nicht bei einem programmatischen Angebot belassen. Sie sieht sich selbst, unsere Gesellschaft, unser Volk vor eine Aufgabe gestellt, die praktisch gelöst werden muss. Sie versteht sie als Forderung nach einer ständig verbesserungsfähigen, besseren inneren Ordnung in unserer Bundesrepublik und für das gesamte, so schrecklich gesplittete ganze Deutschland. Durch die Parole "Dienen" weiss sie sich bestätigt in einem der Grundwerte ihres politischen Programmes und ihrer Praxis, nämlich der "Solidarität". Nichts wird sie mehr und vorbehaltloser begrüssen als die Vertiefung und Mobilisierung aller geistlichen, sittlichen, individuellen und gesellschaftlichen Kräfte, die der Lösung dieser uns allen gestellten Aufgabe förderlich sind.

Dabei sind wir an einem für diesen Katholikentag entscheidend bemerkenswerten Punkt. Die Delegiertenversammlung der über 80 katholischen Verbände hat sich die Aufgabe gestellt, Wesen und Formen dieser Verbandsarbeit im Gesellschaftlichen und Politischen zu bestimmen und Entschliessungen dazu zu formulieren. Es ist bemerkenswert, dass sie sich dazu als "Chefidologen" den bekannten deutschen Jesuitenprofessor Gustav Gundlach, viele Jahre Professor an der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom, jetzt nach Deutschland zurückgekehrt, verschrieben hatte. Das kann keinesfalls bedeuten, dass der deutsche

Katholizismus nun alles über Gundlacks Leister zu schlagen wünsche, der wir aus seinen zahlreichen soziologischen Beiträgen, etwa im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, und aus seinen Ausführungen auf einigen wichtigen Tagungen der Begegnung und Diskussion zwischen Katholizismus und freiheitlichem Sozialismus in Deutschland kennen. Wir begrüßen es, daß er scharf und kritisch die Frage für unsere Zeit und für unsere deutsche Gesellschaft gestellt hat, ob denn das Problem einer wertobjektiv begründeten menschlichen Ordnung gegenstandslos geworden sei. Die zustimmende Antwort kann nur lauten: Sie ist das fundamentale Kernproblem unserer Gesellschaft, unseres Staates, unserer freiheitlichen menschenwürdigen westlichen Welt. Für die katholische Kirche nimmt er in Anspruch, daß sie sich unverkürzt und aus letzter religiös-weltanschaulicher Begründung für dieses "Humanum" einsetze.

Der freiheitliche Sozialismus steht dahinter nicht zurück. Nach Programm und Praxis beweist er täglich in der konkreten gesellschaftlichen und politischen Arbeit, daß er das nicht nur "vorgibt". In der weltanschaulich-mehrheitlichen Gesellschaft aber ist ihm schlechterdings unmöglich, dafür eine letzte religiös-weltanschauliche Begründung im kirchlich-bekennnismässigen Sinne den gewissen Verachteden und Andersdenkenden aufzuerlegen.

Die geistigen und charakterlichen Kräfte aller müssen in die gemeinsamen Aufgaben eingebracht werden. Das Menschliche und Menschenwürdige, wie es als letzte Zielvorstellung dem freiheitlichen Sozialismus erscheint, die uneingeschränkte Achtung der Würde des Menschen, stellt jenes "Minimum an Gemeinsamkeit", das auch dem politischen Handeln zugrunde liegen muß. Das ist, bei Gott, kein "Minimum", sondern eine sehr breite und feste Plattform. Auf ihr vereinigen sich, wie es die letzte große gesellschaftspolitische Enzyklika Mater et Magistra durchgehend und überzeugend ausdrückt, die Menschen guten Willens und jener wertobjektiven Einsichten, die das genaue Gegenteil ideologischer Verkrampfungen und unmöglicher Überanforderungsansprüche sind. Aus dem Aufruf "Dienen!" kann man nicht nur alles machen. Das wäre frivoler Skeptizismus und böswillige Verdächtigung. Wir nehmen ihn nicht nur als Bekenntnis und Wollen christlicher und katholischer Mitbürger - zahlreicher Parteifreunde und unvergleichlich zahlreicher Wähler - sondern auch als Ausdruck eines so imponierenden Ernstes und einer so mächtigen Entschlossenheit, wie sie der Katholischen Kirche, ihren Leistungen und ihrer auch in die Zukunft verstossenden und sie mitgestaltenden Kraft entspricht.

Wenn in wahrscheinlich kurzer Zeit die genauen offiziellen Berichte besonders über diese Verhandlungen des 79. Deutschen Katholikentages vorliegen werden, werden neue, hoffentlich fruchtbare Gespräche und Begegnungen sicher zu erwarten sein.

Der tödliche Wettbewerb

sp - In einem feierlichen Appell haben Kennedy und der britische Ministerpräsident Macmillan die Sowjetunion beschworen, dem tödlichen Wettbewerb im atomaren Rüstungswettlauf ein Ende zu bereiten. Das erste sowjetische Echo klang nicht gerade verheissungsvoll, obwohl in der Frage des Kontrollsystems die USA und Großbritannien, Anregungen der neutralen Staaten folgend, weitgehend sowjetische Gesichtspunkte akzeptierten. Anstoß für die neuen anglo-amerikanischen Vorschläge war der herannahende Termin der Berichterstattung über den Stand der bisherigen Genfer Verhandlungen vor den Vereinten Nationen. Die Generalversammlung tritt Mitte des nächsten Monats zusammen. Von der Erfüllung des Auftrages der UNO an die Westmächte und die Sowjetunion, Einigung über ein Abkommen für die allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu erreichen, ist man soweit entfernt wie eh und je.

Dieses weitgesteckte Ziel läßt sich wohl für diese Generation nicht mehr erreichen. Aber auch dem Nahziel einer Einstellung der nuklearen Testversuche, für die ein Mindestmaß an Kontrolle unerlässlich ist, ist man nicht näher gekommen. Der neue anglo-amerikanische Vorschlag geht darauf hin, da ein allgemeines Verbot aller Kernwaffenversuche derzeit nicht zu erzielen ist, wenigstens die Atomexplosionen über Wasser und in der Atmosphäre zu unterlassen. Diese haben für die Verpestung der Luft durch erhöhte Radioaktivität die folgenschwersten Auswirkungen.

Wird sich die Sowjetunion auch in der Zukunft über die in aller Welt verbreitete Furcht vor den Folgen weiterer Atomexplosionen hinwegsetzen? Welche Vorteile verspricht sie sich davon? Militärisch ist das berühmte atomare Patt erreicht, beide Weltmächte sind wohl in der Lage, einander tödliche Schläge zuzufügen. Doch niemand denkt daran, weder in den Vereinigten Staaten noch in der Sowjetunion, kollektiven Selbstmord zu begehen. Der Rüstungswettlauf in atomaren Waffen ist sinnlos geworden, er trägt nicht mehr zur Erhöhung der eigenen militärischen Sicherheit bei, aber läßt Gefahren entstehen, deren Bündigung sogar den beiden Weltmächten nicht mehr möglich wäre: die Gefahr einer Ausbreitung von atomaren Waffen auf viele Länder.

Über ein Dutzend Länder sind heute schon in der Lage, selbst Atombomben zu produzieren und sie haben den Ehrgeiz, den bestehenden Atomclub zu erweitern. Wer denkt nicht an China? Auch für die Sowjetunion könnten sich, beharrt sie auf ihrer bisherigen, einem vernünftigen Kompromiß nicht geneigten Haltung, Entwicklungen ergeben, auf die sie keinen Einfluß mehr ausüben vermag. Die Spirale des tödlichen Wettbewerbs kann alle verschlingen.

Kampagne gegen Kennedy

Von Bruno Friedrich

"Es wird nur regiert, wenn sich ein Problem zeigt, aber dann tückisch und rasch. Dieses Regierungssystem ist opportunistisch und kann sich daher nicht festigen... Seine Politik ist die des allseitigen Manipulierens - wobei er vergisst, daß es in der Politik nicht nur um Dinge geht, sondern daß darin auch Menschen auftreten, die gegen das bloße Manipulieren einen gewissen Widerwillen haben. Es wird nun vielleicht klar, warum die lustige Gesellschaft, die in Washington an der Spitze einer schwimmenden Pyramide tanzt, das Gefüge nicht zusammenhalten kann."

Das ist ein Urteil über den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, veröffentlicht in der August-Nummer der Monatschrift "Die politische Meinung". Ein anderes, ebenfalls im August in Deutschland veröffentlichtes Urteil über das Kennedy-Team lautet: "Die jungen Intellektuellen in Kennedys Team sind insofern ein neuer Typus Mensch, als sie sich in der Tat "entideologisiert" haben: Zum erstenmal seit geraumer Vorzeit handeln Mächtige nicht etwa entgegen ihrer Gesinnung (also "opportunistisch"), sondern in bewußter Achtung jeglicher Gesinnung."

Dieses zweite Urteil, ausgefertigt von William S. Schlamm, unterscheidet sich kaum von dem Erstzitierten, doch gilt die Übereinstimmung nur für den Inhalt, nicht für die politische Verbindlichkeit. William S. Schlamm, dem es gelingt, bei seinem Leser den Eindruck zu erwecken, er strebe danach, den Missionsinhalt eines McCarthy durch den Missionszynismus eines Hitler zu verwirklichen. Schlamm, der das gleiche Gefühl distanzierter Neugier und abgestandenen Ekels hervorrufen kann wie eine im Jahre 1962 geseigte Filmkopie einer Führerrede, dieser W.S. Schlamm ist für die deutsche Politik bestenfalls verbindlich als Beweis "genialer" Perversion politischer Publizistik.

Die politische Verbindlichkeit der Monatschrift "Die politische Meinung" reicht weiter. Diese Zeitschrift ist das Sprachrohr einfluß-

reicher Politiker der CDU/CSU. Neben ständigen Mitarbeitern des "Rheinischen Merkur" zeichnen als Autoren Politiker wie Josef Hermann Dufhues, Franz Meyers, von Guttenberg. In der August-Nummer findet sich neben von Guttenbergs "Konzept des Westens" mit dem Vorschlag einer eigenen atomaren Bewaffnung für Europa der gehässige Angriff gegen Kennedy, vorgetragen von dem häufigen Mitarbeiter Heinz Pächter.

Ein in dieser Zeitschrift und in dieser Form vorgetragener Angriff gegen den amerikanischen Präsidenten, der sich nicht gegen bestimmte Punkte von Kennedys Politik sondern gegen Kennedys Regierungsmethode an sich richtet - "Dieses Regierungssystem ist opportunistisch und kann sich daher nicht festigen" - , muß in der gegenwärtigen Situation beim amerikanischen Partner der Bundesrepublik das Gefühl verstärken, maßgebenden Kräften der CDU sei weniger an einer sachlichen Diskussion gelegen, man verhalte sich mehr nach dem Motto: "Mir paßt die ganze Richtung nicht!" Die abenteuerliche Leichtfertigkeit, mit der Verteidigungsminister Strauss unlängst die Diskussion um eine Erhöhung des Kontingents der Bundeswehr provoziert hat, ist sicher geeignet, in den USA diesen Eindruck zu verstärken.

Für die deutschen Interessen kann dieses Spiel der CDU/CSU zu einem gefährlichen Bumerang werden, und zwar dann, wenn sich bei Erörterungen der Deutschlandfrage der amerikanische Partner erst fragen muß, ob er es bei Einwendungen von deutscher Seite mit sachlichen Argumenten oder mit einer allgemeinen Abneigung gegenüber der Kennedy-Regierung zu tun hat. Erneut ist die CDU/CSU bereit, im parteipolitischen Interesse oder im Prestigeinteresse einzelner Politiker die deutsche Position an einem Punkt zu schwächen, an dem wir eine Schwächung am wenigsten vertragen.

Im Widerspruch zur Verfassung

kr. - "Ämterpatronage" hieß das Stichwort, unter dem in der letzten Woche scharfe Auseinandersetzungen im Landtag in Kiel zwischen den angreifenden Sozialdemokraten und den hart beschuldigten Christlichen Demokraten stattfanden. Den Hintergrund bildete eine Dissertationsschrift des Kieler Heinz Josef Varenin über die politischen Parteien. In dieser Schrift sind eine Reihe von Dokumenten verarbeitet, die den Vorwurf der Ämterpatronage decken. Die partei-internen Schriftstücke der CDU gehen sogar soweit, daß der CDU im Parlament der Vorwurf einer Einflußnahme auf die Personalpolitik des Kabinetts von Hassel gemacht wurde, die auf die Durchsetzung einer vorsätzlichen Illoyalität der Beamtenschaft einer neuen Regierung gegenüber hinausläuft.

Schon 1955 verlangte der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein am 2.4. "eine im Sinne der CDU gesteuerte bessere Personalpolitik", und man beschloß in der Landeskanzlei des Herrn von Hassel (CDU) eine Stelle zur Koordinierung der Personalpolitik zu schaffen und sie so zu besetzen, daß der notwendige Kontakt auch zur Partei gehalten werde. Der CDU-Landesfachausschuß für öffentliche Verwaltung beschloß dann am 13. September 1956, die CDU solle ihren Einfluß geltend machen, um "die Verwaltungen mit geeigneten Frauen und Männern ihrer politischen Überzeugung zu durchsetzen."

Gegen jeden Verfassungsgrundsatz und jede Norm des Beamtensrechts verstößt aber dann vor dem Hintergrund der Durchsetzung der folgende Satz in dem Dokument: "Darüberhinaus sind diese Verwaltungsangehörigen mit der CDU-Gesinnung die einzigen, auf die wir auch dann noch rechnen können, wenn die politische Führung der Verwaltung einmal in andere Hände übergehen sollte". Gemäß dieser CDU-Norm beschloß die Landesvorstandssitzung der CDU am 17.1.1957, in jedem Ministerium einen Vertrauensmann zu bestellen, der "über die Planstellensituation in den einzelnen Haus" und "über personelle Vorstellungen" das Material zu liefern habe. Dieser Vertrauensmann hatte das Material durchschriftlich dem CDU-Landesgeschäftsführer und zugleich Landtags-

abgeordneten H. U. Pusch zur Verfügung zu stellen. Das auf diese Weise erreichte Material wurde dann mit der oben dargelegten Zielrichtung im CDU-Fachausschuß für öffentliche Verwaltung durch ein Dreiergremium beraten. Hierzu gehörte der Beamtenminister des Landes, Innenminister Dr. Helmuth Lemke (CDU).

Wie derartige Beratungen vor sich gingen, und wie eindeutig die CDU Anterpatronage und Illoyalität ansteuerte, geht weiter aus einem Protokoll der CDU-Landesvorstandssitzung vom 16.1.1957 hervor: "Herr Dr. Lemke wies anhand von bisherigen Maßnahmen nach, daß eine Förderung des Anliegens Personalpolitik bereits in spürbarem Umfang eingesetzt habe. Er betonte jedoch die Notwendigkeit... auch auf kommunaler Ebene geeignete Personalpflege als bisher zu betreiben. Es wurde beschlossen, daß Herr Minister Dr. Lemke gemeinsam mit dem Landesgeschäftsführer geeignete Maßnahmen zu einer stärkeren Beachtung des Bemühens um eine sorgfältige Personalpflege ergreift."

Bemerkenswert ist ferner noch, daß an dieser Personalpolitik neben Lemke, der in der NS-Zeit einmal Bürgermeister von Eckernförde war, auch der Ministerialrat Dr. Bausenhardt, ein CDU-Schlüsselbeamter im Innenministerium, und ein weiterer Beamter namens Dr. Stutzer, mitwirkten. Letzterer ging aus der rechtsradikalen Jugendorganisation hervor, die unter dem Stichwort "Beck-Breichtsitter" lief und in die sogenannte Kriegsgeneration überführt wurde. Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß zu Unterzeichnern und Akteuren auch der frühere SS- und Polizeigeneral Otto Winkelmann, vorübergehend CDU-Matschherr in Kiel, gehört.

Was schrieb noch Innenminister Dr. Gerhard Schröder am 12.11.1958 in der Wochenschrift "Das Parlament"? "Die Absicht, durch parteipolitisch bestimmte Personalpolitik im Staate Macht zu gewinnen, steht im klaren Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung".

+ + +

Ein Cocktailrat

sp - Der britische Labour-Abgeordnete Crossman, bekannt für seine eigenwilligen politischen Beurteilungen, hielt es für notwendig, sagen zu müssen:

"Die Briten und Amerikaner hätten eine Haltung seitens der Westdeutschen und Westberliner geduldet, die in einer Katastrophe enden müsse, wenn man sie länger zulasse. Man solle den Deutschen endlich klar sagen, daß die Mauer und eine Anerkennung der Existenz der Sowjetzonenrepublik Vorbedingung für die friedliche Koexistenz in Berlin seien."

Diese Art von Rat gehört genau zu jenen Vorschlägen, wie sie auf Cocktailparties von Leuten gemacht werden, die weit von Schuß liegen. Crossman sieht die Ursache der Spannungen in Berlin nicht in der von Ulbricht geführten brutalen Machtpolitik mit ihren mörderischen Begleiterscheinungen, sondern im Aufbegehren ihrer Opfer gegen himmelstreichendes Unrecht und Mordlust. Ist diesem brillanten Geist das Empfinden für das, was in der letzten Woche in Berlin geschah, verlorengegangen? Der Selbstbehauptungs- und Freiheitswille der Berliner wird sich durch solche Ratfahrungen, gegeben nach dem Motto: Nicht der Körper, der Ermordete ist schuld, bestimmt nicht beirren lassen.

+ + +